



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 15. Januar 2017

PRESSEINFORMATION

Inklusion nach Kassenlage unangemessen: Witzel rät zur Zurückhaltung in Essen

Nach der abgewiesenen Kommunalklage zur besseren Mittelausstattung der örtlichen Schulträger für Zwecke der schulischen Inklusion rät der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel der Stadt zu großer Zurückhaltung bei einem örtlichen Umbau der Schullandschaft. Die FDP will lieber Förderschulen stärken und dauerhaft erhalten.

Witzel hält eine Fortsetzung von Inklusion nach Kassenlage für unververtretbar: „Wenn das Land sogar mehrfach und schwerbehinderte Kinder am liebsten im Regelschulbetrieb aufgehoben sehen möchte, dafür aber nicht die notwendigen Ressourcen für eine qualitätsvolle Umsetzung bereitstellt, kann unsere Stadt dies ihrerseits nicht ausgleichen. Die Bedürfnisse der benachteiligten Kinder sind bei Rot-Grün völlig aus dem Blick geraten, die aufgrund ihrer besonderen Umstände gerade eine intensive und hochwertige Förderung benötigen. Viele Kinder mit gravierenden Behinderungen erfahren die beste Zuwendung und Betreuung in den fachlich dafür eingerichteten Förderschulen, die auch über versierte berufserfahrene Pädagogen verfügen. Das Wohl eines Kindes mit Handicap spricht häufig gegen den Wechsel zu einer allgemeinbildenden Schule, die aufgrund der Ressourcenknappheit in vielen Fällen keine hinreichende Bildungs- und Betreuungsqualität anbieten kann. Das wird insbesondere Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht gerecht. Die überstürzte rot-grüne Billiginklusion erweist sich als das vorausgesagte Desaster.“

Die positive Bewertung der grünen Schulministerin Löhrmann zur gerichtlichen Entscheidung geht nach Ansicht der FDP völlig an den tatsächlichen Problemen im Schulalltag vorbei. Verlierer der versagten Ressourcen seien nicht vor allem die Kommunen, sondern am meisten die betroffenen Kinder, Eltern und Lehrer.

„Wenn Ministerin Löhrmann sich jetzt geradezu bestätigt sieht, wird einem um die Zukunft der Essener Kinder angst und bange. Die Argumente der Justiz, nicht gegen die aktuelle Inklusionspolitik einzuschreiten, sind rein formaler Natur gewesen. Sie haben die Bildungschancen der Heranwachsenden ausdrücklich nicht zum Verhandlungsgegenstand gehabt, sondern nur administrative Zuständigkeitsfragen. Essen sollte große Zurückhaltung bei der Inklusion praktizieren, die außer politischen Missionaren kaum jemandem einen Vorteil bringt.“